

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

5. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan

am Dienstag, dem 15.03.2022 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
18:10

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

Stv. Annette Braun-Kohl
AM Udo Greeff
AM Manfred Kupke
AM Volker Lowitsch
Stv. Monika Morwind

Vertretung für Stv. Schmelcher
ab 17:05 Uhr

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossy
Stv. Jörg Dürr
AM Peter Hackbeil
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Twellmeyer

WLH-Fraktion

AM Dr. Torsten Fritz
Stv. Meike Lukat
Stv. Sonja Lütz

GAL-Fraktion

AM Uwe Elker
Stv. Nicola Günther

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Schriftführung

StAR Sabine Schumacher

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

StOVR Gerhard Titzer

StA Anja Esser

VA Stefan Hübner

VA Philipp Schreiber

Personalrat

StA Daniel Jonke

Der Vorsitzende Jens Lemke eröffnet um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Organisation und Personal der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

Protokoll:

Zu TOP 1.5. beantragt **Stv. Lukat**, den Tagesordnungspunkt 7 öffentlich zu beraten.

Der **Vorsitzende Stv. Lemke** führt dazu aus, dass die Bewertung der Stelle im öffentlichen Teil beraten werden kann und eine sich hieraus möglicherweise ergebende Beförderung dann im nichtöffentlichen Teil besprochen werden müsste.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

2./ Sachstand zum Neubau Rathaus Vorlage: 10/081/2022

Protokoll:

Bürgermeisterin Dr. Warnecke berichtet über den aktuellen Prozess zum Rathausneubau. Dabei geht sie davon aus, dass der Beschluss aus dem Jahr 2018, dass die Fraktionen im Rathaus untergebracht werden sollen, weiterhin Bestand habe. Andernfalls bittet sie um entsprechende Information.

Stv. Lukat weist darauf hin, dass die WLH, wie damals bereits mitgeteilt, keinen Fraktionsraum im Rathaus haben möchte. Notfalls sei die WLH auch dazu bereit, auf den Mietzuschuss zu verzichten.

Ansonsten lobt sie die dargestellte Transparenz des Prozesses.

Beschluss:

Der Ausschuss für Digitalisierung, Organisation und Personal nimmt den aktuellen Sachstand zum Neubau des Rathauses zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Sachstand zur Digitalisierung der Stadtverwaltung Haan (mündlicher Bericht des Digitalisierungsbeauftragten)

Protokoll:

Der **Digitalisierungsbeauftragte Hübner** berichtet mündlich über den Sachstand zur Digitalisierung bei der Stadtverwaltung Haan. Der Bericht ist im RIS hinterlegt.

Stv. Dürr fragt, ob eine Bürgerbeteiligungsplattform geplant sei.

Der **Digitalisierungsbeauftragte Hübner** erläutert, dass dies derzeit geprüft werde.

Stv. Lukat bittet um Erläuterung, wie Menschen, die noch nicht digital seien, mitgenommen würden.

Der **Digitalisierungsbeauftragte Hübner** erläutert, dass der analoge Zugang zum Rathaus weiterhin möglich sei, da die Online-Programme in den Fachämtern hinterlegt seien und vor Ort bearbeitet werden können.

Stv. Greeff fragt, ob der Datenschutz gewährleistet sei.

Die **Bürgermeisterin Dr. Warnecke** erläutert, dass die DSGVO berücksichtigt werde.

Stv. Stracke fragt, ob auch an eine elektronische Umlaufmappe gedacht werde.

Der **Digitalisierungsbeauftragte Hübner** erläutert, dass diese wahrscheinlich Bestandteil der allgemeinen Schriftgutverwaltung werden würde.

4./ Einrichtung der Projektgruppe TCMS (Tax Compliance Management System) Vorlage: 20/044/2022

Protokoll:

Der **Verwaltungsbeschäftigte Schreiber** erläutert mündlich das Projekt „Tax Compliance Management System“.

Stv. Lukat fragt, wie das Thema zukünftig im Haushaltsplan abgebildet werde, damit der finanzielle Unterschied zu erkennen sei.

StAR Esser erläutert, dass das Thema im HFA besprochen werde, sobald erste Ergebnisse vorliegen.

Stv. Günther fragt, ob die Erledigung des Projekts fristgemäß zu schaffen sei? Sie hofft darauf, dass die dargestellten Prozesse bereits vorhanden seien und fragt, ob ggf. auf bereits vorhandene Erkenntnisse anderer Kommunen zurückgegriffen werde.

Der **Verwaltungsbeschäftigte Schreiber** verweist darauf, dass es einen Arbeitskreis mit anderen kreisangehörigen Städten gebe.

Stv. Braun-Kohl fragt, ob die Stadt mit Unternehmen zusammenarbeitet, die nicht Bauabzugssteuerbefreit sind?

Stv. Günther verweist darauf, dass es die Bauabzugssteuer bereits seit 2002 gebe und nichts mit dem § 2 des Umsatzsteuergesetzes zu tun hätte.

StAR Esser bestätigt, dass diese aktuell bereits berücksichtigt werde und es lediglich eine neue Handhabe gebe.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**. / Personalangelegenheiten
hier: Stellenbewertung der Stelle 32/50**

Protokoll:

Stv. Lukat zitiert den ersten Absatz der Vorlage und ärgert sich darüber, dass der höhere Punktwert nur deshalb für die Bewertung zugrunde gelegt wurde, weil die Stelle im Stellenplan mit A 14 aufgenommen wurde. Hier werde immer noch nach Köpfen und nicht nach Funktionen entschieden. Dementsprechend seien die Personalkosten in Haan so hoch.

StOVR Titzer bestätigt zwar, dass der Rat die Aufnahme der Stelle in den Stellenplan 2022 nach A 14 beschlossen habe, jedoch habe er auch einen „ku-Vermerk“ beschlossen, damit mit Ausscheiden jetzigen Stelleninhabers entschieden werden könne, ob die A 14 immer noch gewollt sei oder nicht.

AM Elker stellt für die GAL fest, dass die A 13 bei der vorhandenen Leitungsspanne ausreiche und schließt sich Stv. Lukat an. In zwei Jahren sehe er definitiv nur noch die A 13.

Stv. Braun-Kohl begrüßt für die CDU das Ergebnis der KGSt.

Stv. Stracke weist die Aussage von Stv. Lukat hinsichtlich der Köpfe zurück und plädiert ausdrücklich dafür, dass das in diesem Fall nicht gemacht werde.

5./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat weist auf die derzeit aushängenden Plakate „Kita am Limit“ hin und fragt, welche konkreten Probleme es derzeit dort gebe?

Die **1. Beigeordnete Herz** weist darauf hin, dass die Probleme nicht nur für Haan gelten, sondern aufgrund des Fachkräftemangels weit verbreitet seien. So könnten beispielsweise vor allem befristete Stellen nicht besetzt werden. Hinzu komme der coronabedingte Ausfall von Erzieherinnen und Erziehern, der sich in Kitas und Schulen natürlich besonders bemerkbar mache. Da die Betriebe aus gutem Grund aufrechterhalten werden sollen, gebe es hier eben auch eine besonders hohe Ansteckungsgefahr. Zum Schutz der Mitarbeitenden wurde ihnen bereits sehr frühzeitig ein Impfangebot gemacht, des Weiteren gebe es gute Hygienekonzepte. Zur Unterstützung würden Alltagshelfer eingesetzt. Mehr könne nicht getan werden.

Stv. Lukat fragt, ob es denn befristete Stellen gebe?

Die **1. Beigeordnete Herz** erläutert, dass schwangere Beschäftigte ein sofortiges Beschäftigungsverbot erhielten und diese Stellen nur befristet ausgeschrieben werden dürften. Dieses Problem sei jedoch bereits mit dem Amt 10 besprochen und mögliche Lösungen für 2023 angedacht.

6./ Mitteilungen

Protokoll:

StOVR Titzer informiert darüber, dass das Vorzimmer der technischen Beigeordneten demnächst in ein „normales“ Vorzimmer und einen zusätzlichen Sitzungsdienst aufgeteilt werde. Die Stelle des zusätzlichen Sitzungsdienstes beinhalte auch noch die „Vergabe“ und setze sich aus bereits vorhandenen „übrigen“ Stellenanteilen zusammen. Mit der Einrichtung dieser Stelle sei eine Vertretung für Herrn Jonke und damit die Ratsarbeit gewährleistet.

Des Weiteren berichtet **StOVR Titzer** über die Auswirkungen von coronabedingten Personalausfällen seit November 2021. Seitdem seien 92 Beschäftigte ausgefallen. Ausgehend von einer durchschnittlichen Ausfallzeit von zwei Wochen entspricht dies 1.288 Arbeitstagen. Es sei aber festzustellen, dass die Wahrnehmung von Homeoffice schlimmeres verhindert habe.

Die **1. Beigeordnete Herz** berichtet über eine geplante Neuorganisation im Amt 50, zu der es kurzfristig einen Workshop mit den Mitarbeitenden gebe. Sie weist darauf hin, dass bereits jetzt abzusehen sei, dass es im UVG und im Wohngeld durch deutliche Veränderungen zukünftig mehr Stellenanteile geben müsse. Insbesondere für die UVG-Heranziehung gelte dabei: mehr Personal = mehr finanzielle Erstattung.